

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1928**

71 (11.2.1928) Morgenausgabe

# Badische Presse

Bezugspreis drei Monatsstücke 3.—  
im Voraus im Verlag od. in den  
Postämtern abgeholt 2.80 RM. Durch  
die Post bezogen monatlich 2.00 RM.  
Einzelpreise: Wochenschrift 10 S.,  
Sonntags-Nummer 15 S. — Im Fall  
höherer Gewalt, Streik, Auslieferung od.  
bei der Beiseher keine Anrede bei  
Veränderung oder Nicht-Erscheinen der  
Zeitung Abbestellungen können nur  
bis zum 25. des Monats auf den  
Monatsbriefen angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille  
Seite 40 RM. Stellenaussagen aus  
Wagen ermakierter Preis. Klebame-  
nse 2 — an erster Stelle 2.50 RM.  
Die Wiederholung tariflicher Rabatte  
bei Nichtbeachtung des Preises, bei  
geringer Verbreitung und bei Kon-  
kurrenz außer Kraft tritt. Erklärungs-  
art und Vertriebsort in Karlsruhe.

und  
**Neue Badische Presse Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens  
Karlsruhe, Samstag, den 11. Februar 1928.

Eigentum und Verlag von  
: Ferdinand Thierackert  
: Chefredakteur Dr. Walter Schneider,  
Freigeleglich verantwortlich für  
deutsche Politik und Wirtschaftspolitik:  
Dr. G. Metzner; für auswärt. Politik:  
H. Köhler; für bad. Politik u. Nachr.:  
H. Polzinger; für Kommunalpolitik:  
H. Zimmer; für Lokales und Sport:  
H. Roldauer; für das Reich:  
E. Welner; für Eger und Kon-  
gert: Chr. Berles; für den Son-  
derbeil.: H. Held; für die Anzeigen:  
H. Rindorfer; alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.  
Fernsprech: 4050 4051 4052 4053 4054  
Geschäftsstelle: Zirkel- und Vama-  
straße 6. Postcheckkonto: Karlsru-  
her Nr. 854. Beilagen: Volk und  
Heimat / Literarische Umhau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Wandern und Reisen / Haus und  
Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung

## Sindenburgs Appell an die Parteien.

**Es wird weiter verhandelt.**  
Neue Vorschläge Reudells. — Wenig Aussicht  
auf Einigung.

m. Berlin, 10. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Während es am Donnerstagabend den Anschein hatte,  
als wenn man 24 Stunden später der Reichstagsauflösung einen  
bestimmten Schritt näher gekommen sei, hat der Freitag eher einen  
Rückschlag zu Gunsten der Koalition gebracht. Die  
Ursache hierfür ist in einem

**Appell des Reichspräsidenten an die Parteien**  
zu suchen, in dem er sie darauf aufmerksam macht, daß diese Koali-  
tion zur Lösung bestimmter Aufgaben gebildet worden sei und daß  
es wünschenswert wäre, wenn diese Probleme noch vor der Auf-  
lösung des Reichstages erledigt werden könnten. Er erinnert dabei  
an die Verabschiedung des Etats, des Liquidationsgesetzbuches  
und die Reform des Strafgesetzbuches. Der Brief des Reichs-  
präsidenten hat seinen Eindruck nicht verfehlt. Er trägt zunächst sehr  
viel dazu bei, die Krisenstimmung etwas abflauen zu lassen.

**Die Freitagssitzung des Zentrums,**  
die am Nachmittag stattfand, legte dafür schon ein bereites Zeugnis  
ab. Nach einer Besprechung zwischen den Herren Marx, Guérard  
und Stegerwald, die der Sitzung voranging, und in der auch der  
Brief des Reichspräsidenten eine wichtige Rolle spielte, trat die  
Fraktion zu einer Erörterung der schulpolitischen Lage zusammen.  
Man ging noch einmal die Ereignisse des Mittwoch und Donnerstag  
durch und entschied sich zugleich, jetzt aus der Haltung des Fraktions-  
vorsitzenden, der weitere Verhandlungen über das Schulgesetz belan-  
nlich für überflüssig hält, noch nicht die Konsequenzen zu  
ziehen. Ebenso wird sich die

**Unterbreitung neuer Vermittlungsvorschläge des Reichsinnen-  
ministers von Reudell**

aus, der die Fraktion veranlaßt, abzuwarten, was eine Prüfung  
dieser Vorschläge ergeben werde. Herr von Reudell soll den Frak-  
tionen ein ziemlich umfangreiches Paket überreicht haben, das auch  
die vom Zentrum bereits der Öffentlichkeit mitgeteilte Anregung  
enthält, in den Simultanhochschulen die Einrichtung konfessionel-  
er Privatstudien mit staatlicher Unterstützung zuzulassen. Wir  
sind aber nicht, daß die Deutsche Volkspartei sich auf eine der-  
artige Unterbreitung des Paragraphen 20, wie er vom Ausschuh an-  
genommen worden ist, einlassen wird. Am Abend trat dann der  
von dem Grafen Westarp zusammengerufene interfraktionelle Aus-  
schuh zusammen, dessen Aufgabe es sein sollte, zu versuchen, die Dif-  
ferenzpunkte aus der Welt zu schaffen. Diese Sitzung war eben-  
falls nur kurz. Man nahm eigentlich nur die Anregungen des  
Reichsinnenministers von Reudell zur Kenntnis und versprach all-  
seitig eine Prüfung bis Anfang nächster Woche. Am  
Montag tritt dann der interfraktionelle Ausschuh wieder zusam-  
men, um an die praktische Beratung der Reudellschen Vorschläge,  
die übrigens streng vertraulich behandelt werden, heranzutreten.

Die Situation hat sich also nicht allzu sehr verändert.  
Wenn auch das Zentrum sich einige Zurückhaltung auferlegt, so hat  
es doch zu verstehen gegeben, daß es in der nächsten Woche unbedingt  
klar sehen will. Wie die Dinge weiterlaufen werden, läßt sich schwer  
sagen. Wirft man einen Blick auf die Beratungen des Bildungs-  
ausschusses zurück, der in wochenlangen Arbeiten alle Möglichkeiten  
einer Lösung durchgesprochen hat, dann

**Kundgebung an das Land**

läßt man nicht gerade annehmen, daß nun die neuen Reudellschen  
Vorschläge von Erfolg begleitet sein werden, eben weil die  
Deutsche Volkspartei die Simultanhochschule nicht zu opfern gedenkt.  
Die Frage, was nach einem Scheitern der am Montag weiter laufen-  
den interfraktionellen Verhandlungen geschieht, wird nach wie vor  
von allen Seiten beleuchtet. Viel hat eine Anregung für sich, im  
Falle einer Ablehnung der Reudellschen Vorschläge die Parteien auf  
eine gemeinsame Erklärung festzusetzen, vorläufig noch nicht  
anzulassen, sondern dem Wunsch des Reichspräsidenten Folge zu  
leisten und die verschiedenen Gesetzesvorlagen zu erledigen. Eine  
betrieblige Erklärung, die man vielleicht als eine

**Der Brief des Reichspräsidenten.**

m. Berlin, 10. Febr. (Zuspruch.) Der Reichspräsident hat an  
den Reichstanzler am gestrigen Tage folgendes Schreiben gerichtet:  
„Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Die Nachrichten über tief-  
gehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien  
wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegen-  
seitigen Reichsregierung führen könnten, geben mir Veranlassung,  
Sie, Herr Reichstanzler, zu bitten, nichts unversucht zu  
lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Re-  
gierungskrise und ihre politischen Folgen zu ver-  
meiden.“

Der Reichstag hat zur Zeit dringende und bedeutende Aufgaben  
zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidations-  
gesetzbuch sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Maß-  
nahmen zu beschließen. Es harret auch die Strafrechtsreform ihrer  
Erledigung. Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schäd-  
igung vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes  
bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulfrage eine unlösliche Regierungsk-  
rise und eine Auflösung des Reichstages notwendig würde. Ich bitte  
Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Re-  
gierungsparteien diesen meine Besorgnis mitzuteilen und appelliere  
an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß  
eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parla-

mentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unlösliche Differenzen in  
der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden.  
Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Wertschätzung bin ich  
Ihr sehr ergebener  
gez. von Sindenburg.“

**Auflösung auch in Preußen?**  
m. Berlin, 10. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Die interpolitische Entwicklung im Reich hat in Preußen  
allergrößte Aufmerksamkeit ausgelöst, weil man bei allen Parteien  
der Ansicht ist, daß es aus finanziellen Gründen das Beste wäre, im  
Falle der Ausschreibung der Neuwahlen im Reich auch sofort den  
Preußischen Landtag auseinandergehen zu lassen. Auch die preußische  
Staatsregierung scheint auf diesem Standpunkt zu stehen. Bezeich-  
nend hierfür ist ein Vorzug, der sich am Freitag im interfrak-  
tionellen Ausschuh der Preußenkoalition abgepielt hat. Auf der  
Tagesordnung dieser Besprechung stand die rheinisch-westfälische Ein-

**Ein historischer Augenblick.**  
Die offizielle Eröffnung des Fernsprechverkehrs  
Deutschland—Amerika.

\* Berlin, 10. Febr. (Zuspruch.) Der drahtlose Fernsprech-  
verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten  
Staaten von Amerika wurde heute nachmittag durch drei offiziell  
Gespräche, nämlich des Reichstanzlers Dr. Marx mit dem stell-  
vertretenden Staatssekretär Olds, ferner des amerikanischen Bot-  
schafers Dr. Schurman mit Herrn Olds und des Reichspostministers  
Dr. Schädel mit dem deutschen Botschafter von Wittwig und Gaffron  
eröffnet.

**Die Ansprache des Reichstanzlers**  
lautete:  
„Herr Unterstaatssekretär! Es ist mir eine besondere Freude,  
Sie auf diesem außergewöhnlichen Wege mündlich begrüßen zu können.  
Ein historischer Augenblick ist es, in dem die ersten Telephon-  
Gespräche zwischen Berlin und Washington ausgetauscht werden,  
gerade als ob es Nachbarländer auf dem gleichen Kontinent wären.  
Sie, Herr Staatssekretär, werden ebenso wie ich das Gefühl haben,  
daß der Atlantische Ozean immer mehr aufhört ein Verkehrshindernis  
zu sein, wenn es dank der Fortschritte der Radiotechnik möglich ge-  
worden ist, das gesprochene Wort von einem Lande zum andern  
durch den Äther zu senden. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß  
auch diese neue Verkehrsrichtung dazu beitragen möchte, die  
freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ver-  
einigten Staaten weiter zu vertiefen und den wechselseitigen Austausch  
von geistigen und materiellen Gütern zu fördern.“

**Unterstaatssekretär Olds**  
erwiderte in englischer Sprache:  
„Mit aufrichtigem Vergnügen habe ich Ihre Worte der Be-  
grüßung über dieses neue Verkehrsmittel zwischen unseren beiden

gemeindegensorten, die vor wenigen Tagen vom Plenum auf  
Antrag des Zentrums wieder an den Gemeindegensorten zurücküber-  
wiesen worden ist. Das Zentrum bekämpft diese Vorlage, weil es  
für Teillösungen nicht zu haben ist, sondern die formale Unter-  
breitung im Ruhrgebiet in einer großen Vorlage erledigt wissen will.  
Im interfraktionellen Ausschuh kam es nun zu keiner Einigung.  
Infolgedessen hat sich der preußische Innenminister Bedenheit bis  
nächsten Dienstag aus. Er hat sich offenbar gelagt, daß weitere  
Arbeiten im Ausschuh zwecklos seien, wenn im Reichstag aufgelöst  
werde, was automatisch auch zu einer Auflösung in  
Preußen führen müsse. Nun hofft er bis zum Dienstag so weit  
klar sehen zu können, um dann dem Eingemeindegensorten mit-  
teilen zu können, ob er eine Weiterberatung für nützlich oder für  
zwecklos hält. Dieser kleine Zwischenfall ist doch recht bezeichnend  
für die innerpolitischen Zusammenhänge zwischen Preußen und dem  
Reich.“

## Ferngespräche mit Amerika.

Ländern vernommen, dessen Existenz, wie ich sicher bin, die herzlichen  
Beziehungen und das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem deut-  
schen und dem amerikanischen Volke fördern wird. Ich weiß, daß  
Staatssekretär Kellogg es sehr bedauert, daß keine Abwesenheit von  
Washington es ihm nicht gestattet, persönliche Grüße mit Deutschland  
auszutauschen. Aber an seiner Stelle möchte ich diese Gelegenheit  
wahrnehmen, nicht nur meiner Genugtuung über die Errichtung des  
Telephonverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland  
Ausdruck zu geben, sondern Ihnen persönlich mitzuteilen mit wie  
großem Vergnügen wir Herrn von Wittwig als deutschen Botschafter  
empfangen haben. Ich hoffe, daß sein Aufenthalt in Washington ein  
angenehmer sein wird.“

**Die Ansprache des Reichspostministers**  
an den Botschafter von Wittwig lautete:

„Herr Botschafter! Ich freue mich sehr, Ihnen, dem Vertreter  
des Deutschen Reiches in den Vereinigten Staaten, persönlich mit-  
teilen zu können, daß heute der Fernsprechverkehr zwischen Deutsch-  
land und den Vereinigten Staaten auf dem Wege über die drahtlose  
Fernsprechanlage England—Amerika aufgenommen worden ist.  
Ich hoffe, daß dieses neue Verkehrsmittel regen Verkehr finden  
und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen dem deutschen und  
amerikanischen Volk beitragen wird. Ich möchte Ihnen bei dieser  
Gelegenheit auch die Grüße des Reichstabinetts und meine  
besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit in Ihrem neuen Wir-  
kungsbereich ausdrücken. Zum Schluß bitte ich, auch Ihren Mit-  
arbeitern Grüße aus dem Vaterland zu übermitteln.“

Auch der amerikanische Botschafter Schurman wendete einige  
Worte mit Unterstaatssekretär Olds. Er erklärte, daß dies nach  
dem im vorigen Jahr erfolgten Ueberflug durch Chamberlin und  
Berline das zweite Wunder sei, dem, wie er annehme in nicht allzu  
langer Zeit weitere Wunder der Technik folgen würden.

## Brauns' Etat vor dem Reichstag.

**Eine optimistische Ministerrede.**  
Die Novelle zum Reichsmietengesetz und zum  
Mieterschutzgesetz angenommen.

m. Berlin, 10. Febr. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Im Reichstag wurde heute zunächst die Vorlage zur  
Änderung des Reichsmietengesetzes nach unweil-  
licher Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.  
Das Gesetz tritt am 17. Februar 1928 in Kraft. Es bestimmt, daß  
die Vorschriften des Reichsmietengesetzes keine Anwendung finden  
auf Mietsverträge, die über freigeordnete oder freierwerbende Räume  
nach dem 31. März 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen  
werden und sich entweder ausschließlich auf Geschäftsräume oder auf  
solche Wohnungen beziehen, die — abgesehen von Küche, Nebengelass  
und Mädchenkammer — mindestens sechs Wohnräume mit mindestens  
100 Quadratmeter Wohnfläche haben. Bei Wohnungstausch, wenn  
die Mieter in die beiderseitigen Mietsverträge eintreten, kommen  
diese Bestimmungen nicht in Betracht. Die Novelle zum  
Mieterschutzgesetz wurde in der Schlussabstimmung, die vom  
Donnerstag zurückgestellt war, ebenfalls angenommen.

Das Haus nahm dann noch den Etat des Reichsarbeits-  
ministeriums in Angriff. Hier hatte der Reichsarbeitsminister  
Dr. Brauns die unankbare Aufgabe, sich gegen die zahlreichen  
Angriffe, die auf seine Amtsführung sowohl von Arbeitgeber- als  
auch von Arbeitnehmerseite gerichtet werden, zu verteidigen. Er  
führte etwa folgendes aus:

Die Tariflöcher der meisten Berufe hatten im abgelaufenen  
Jahre mindestens gleichen Schritt gehalten mit der Steigerung der  
Lebenshaltungskosten. Auch in der Arbeitszeitfrage seien Fort-  
schritte gemacht worden. Der Minister ging dann auf die Frage der  
internationalen Abmachungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik  
über. Nach seiner Meinung kommt es darauf an, ob die ratifi-  
zierten Abkommen auch wirklich durchgeführt werden. Das Inter-  
nationale Arbeitsamt prüfe gegenwärtig Revisionsmöglichkeiten  
verschiedener Abkommen. Dazu gehöre auch das Washingtoner  
Abkommen über den Achtstundentag. Das deutsche Ar-  
beitschutzgesetz, dessen Beratung im Reichstag ihrem Ende entgegen-  
gehe, müsse weiter verfolgt werden. An der Entwicklung der Löhne

und Arbeitszeiten in Deutschland sei das Ministerium höchst aktiv  
beteiligt gewesen. Preiserhöhungen würden von den Arbeitgebern  
häufig damit entschuldigt, daß sie „unter dem Druck der Politik des  
Reichsarbeitsministeriums“ erfolgt seien. Man finde es eben leichter  
und weniger gefährlich, ein Ministerium anzugreifen, als sich klar  
und deutlich gegen übertriebene Monopol Tendenzen anderer Wir-  
schaftsgruppen oder auch gegen Mißstände im eigenen Lager zu wen-  
den. Ein Wohnungsbauprogramm auf viele Jahre im Vor-  
aus hält der Minister für unmöglich, da die Baumöglichkeiten von  
der jeweiligen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt abhängig  
seien.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes  
in den Wintermonaten scheine sich wieder zum Besseren zu wenden.  
Das Anwachsen der Arbeitslosen auf dem Lande scheine darauf zu-  
rückzuführen sein, daß ein Teil der Saisonarbeiter im Winter in  
ihre ländliche Heimat zurückkehre. Die Organisation der Arbeits-  
losenversicherung werde strenger gestaltet werden müssen. Die  
Angriffe gegen diese Organisation wies der Minister allerdings zu-  
rück. Die Landesarbeitsämter seien von 22 auf 13 vermindert wor-  
den; die 900 Arbeitsämter sollen auf 600 vermindert werden. Die  
Verwaltungsreform der Sozialversicherung verpricht der Redner,  
mit aller Energie anzugreifen. Der Sozialetat von 3,5 Milliarden  
sei recht hoch. Die notwendige Sparbarkeit habe auch die endgültige  
Lösung der Rentenerfrage bisher verhindert. Der Redner  
betonte zum Schluß, die Sozialpolitik verfolge eine aufwärtsgerich-  
tete Linie. Das zeige ein Rückblick auf die Zeit vor vier Jahren.

Der Sozialdemokrat Grotemohl warf den Regierungsp-  
arteien vor, sie hätten ihre Versprechungen auf sozialpolitischem  
Gebiet nicht gehalten. Lediglich die neue Arbeitslosenversicherung  
erkannte er als einen Fortschritt des letzten Jahres an. Sein Ver-  
such, die christlichen Arbeiter gegen das Zentrum auszuspielen, trug  
ihm eine scharfe Abfrage des Zentrumsabgeordneten Mbusch ein,  
der zugab, daß er zwar manchmal anderer Meinung sei als der  
Arbeitsminister, daß aber sein Gegensatz zu den Sozialdemokra-  
ten viel größer sei. Recht hübsch war die Feststellung des Redners,  
daß es bei den Sozialdemokraten viel schlimmere Reaktionen als im  
Zentrum gebe. Das Zentrum habe alle sozialen Gesetze mit den  
Sozialdemokraten gemacht, und man könne daher ihm nicht vor-  
werfen, es sei reaktionär. — Die Aussprache geht am Samstag  
mittag 12 Uhr weiter.

# Der Prozeß gegen den Primaner.

## Die Vernehmung der Hilde Scheller.

TU. Berlin, 10. Febr. Heute vormittag werden die Verhandlungen im Steglitzer Prozeß bei ununterbrochenem Andrang fortgesetzt. Das Gericht verkündet zunächst den Beschluß, die Polizeirätin Wiking und Kriminalsekretär Falkenstein als Zeugen zu laden. Die Entscheidung über die übrigen Anträge wird noch vorbehalten. Rechtsanwalt Dr. Frey beantragt dann weiter die Ladung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß als sachverständigen Zeugen darüber, daß die Zeugin Hilde Scheller bei der Vernehmung auf dem Polizeipräsidenten, die Dr. Weiß selbst geleitet habe, am Tage nach der Tötung des Bruders und des Geliebten tanzend in das Vernehmungszimmer gekommen sei, lachend und strahlend, daß sie alles, was am Montag und in der Unglücksnacht geschehen sein sollte, mit einer unerhörten Sicherheit geleugnet und daß sie weiter bei der Gegenüberstellung mit Paul Krank diesen wegen des von ihm abgelegten Geständnisses anafahren habe. Noch nie habe Dr. Weiß einen so erschütternden Eindruck von der Unglaubwürdigkeit eines Menschen gewonnen. Dann wurde in der

Vernehmung der Zeugin Hilde Scheller fortgesetzt. Sie berichtet über die Vorkänge vor der Tat. Sie habe den Ermordeten Stephan in ihr Zimmer genommen und die Nacht über bei sich gehalten. Ihr Bruder Günther und Krank hätten sich in einem anderen Zimmer befunden. Die Zeugin schildert dann weiter, wie sie einen Schuß im Nebenzimmer gehört habe. Ihrem Bruder sei nämlich aus Versehen die Pistole losgegangen. Sie sei zu den jungen Leuten hinaufgelaufen und habe gefragt, was denn los sei. Günther habe erklärt, sie hätten nur in die Tür geschossen. Rechtsanwalt Dr. Frey hält der Zeugin vor, sie habe doch gerade in der Nacht vorher dem Angeklagten Paul Krank Treue geschworen und nun sei sie 24 Stunden später mit einem anderen gegangen. Was habe sie sich denn dabei gedacht? Hilde Scheller erwidert: sie habe

### dem Paul ja gar nicht Treue geschworen,

sie sei nur zu ihm hinaufgegangen, um ihm eine Decke zu bringen und da hätten sie sich geküßt. Wenn er gesagt habe, sie habe es weiter getrieben, so sei das nicht wahr. Sie seien sich beide entgegengekommen. Der Vorsitzende hält der Zeugin noch einmal die eigenartige Situation vor, in der sie 24 Stunden nach diesem zärtlichen Zusammensein mit dem Angeklagten in seiner Gegenwart mit einem anderen zusammen war. Die Zeugin erklärt dazu, sie habe Hans doch nur mit hinauf genommen, weil sie länger zusammen sein wollten. Der Vorsitzende hält ihr vor, sie habe in der Vorunternehmung gesagt, es sei ihr ja sehr peinlich gewesen, daß Paul dazu gekommen sei, sie habe aber Hans plötzlich so gern gehabt, daß ihr alles egal gewesen sei. Als Günther in das Zimmer gekommen sei, habe sie gemerkt, daß er wohl durch den Spiegel des Schrankes gesehen habe, wie sie sich hinter dem Bademantel jemand bewegte. An diese Möglichkeit habe sie bei der Wahl des Bestandes nicht gedacht. Auf eine Frage des Vorsitzenden erwiderte die Zeugin Hilde Scheller, sie habe nichts davon gehört, daß vorher schon jemand an der Schlafzimmertür gerüttelt habe. Gegen Morgen, so befindet die Zeugin weiter, ging ich nochmals in die Küche, um zu sehen, ob die beiden schon schliefen. Sie waren aber noch wach und roden stark nach Alkohol. Günther torkelte durch die ganze Wohnung. Inzwischen ging Günther zur Schlafzimmertür. Paul hielt mich an den Handgelenken fest. Ich riß mich aber los.

Der Angeklagte Krank bestritt wiederholt, daß er Hilde festgehalten habe, er könne sich jedenfalls nicht daran erinnern. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey bekennt die Zeugin Hilde Scheller, es sei ihr der Gedanke gekommen, daß Paul dem Günther doch etwas gesagt hätte. Sie habe dann sehen wollen, ob sie Günther irgendwie abhalten könne, damit Hans Stephan die Wohnung unbemerkt verlassen könne. Kaum sei sie dann im Badezimmer gewesen, so sei Günther ins Schlafzimmer gegangen. Sie habe sich an die Schlafzimmertür gestellt. Günther sei bis ans Fenster gegangen und habe sich vor den Spiegelschrank gestellt, um sich zu kämmen. Günther habe so ein komisches Gesicht gemacht, als ob er Hans gesehen hätte.

Auf eine weitere Anfrage, was dann geschehen sei, antwortete Hilde Scheller: Er verließ dann das Schlafzimmer wieder, um zur Küche zu gehen. Inzwischen hat Ellnor draußen geklopft, die ich zur Schule begleiten sollte. Als ich mit ihr noch im Korridor stand, gingen Paul und Günther zusammen ins Schlafzimmer. Ich wollte mit hinein und stellte meinen Fuß zwischen Tür und Schwelle. Die Tür wurde aber zugeedrückt, und ich mußte meinen Fuß wegnehmen, und es wurde abgedrückt. Das habe ich aber nicht gehört. Jedenfalls konnte ich trotz Rüttelns die Tür nicht wieder öffnen.

### Plötzlich hörte ich mehrere Schüsse.

Lief wieder zur Tür und machte sie auf. Vorländer: „Da war sie offen?“ Zeugin: „Ja, ich weiß aber nicht genau, ob ich nicht vorher doch noch gerüttelt habe. Meiner Ansicht nach war sie gleich offen.“ Im weiteren Verlauf der Verhandlung, bei der es sich um die Frage des Schlafzimmerschlüssels handelt, betont Rechtsanwalt Dr. Frey die Notwendigkeit eines Totaktes. Als die Zeugin bei der weiteren Vernehmung zusehends blässer wurde und schließlich auf einem Stuhl Was nehmen mußte, schlug der Vorsitzende eine kurze Pause vor. Rechtsanwalt Dr. Frey sagte kurz noch folgendes: Ich habe soeben einen Brief bekommen, wonach der Geschäftsführer eines Kaffees in der Königgräberstraße, der als Zeuge zur Verfügung steht.

Hilde Scheller vorgestern aus seiner Tanzdiele wegen ungebührlichen Betragens hinausgeschmissen hat. Das ist die Zeugin, die hier so tut, als ob sie vor Angst und Nervosität zusammenbricht. Der Vorsitzende gab dem Verteidiger die Stellung eines Beweisantrages anheim und ließ dann eine Pause eintreten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung überreichte Rechtsanwalt Dr. Frey seinen Beweisantrag.

Die Zeugin Hildegard Scheller schilderte dann den Anfall, der sich ihr im Schlafzimmer bot. Krank kniete vor ihrem Bruder. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich der Bruder nach bewegt habe, antwortete sie: „Er löchnte.“ Ich sagte zu Paul: „Mörder! Paul antwortete, nicht er, sondern Günther sei es gewesen.“

Vorländer: „Warum sagten Sie: Mörder?“ Zeugin: „Ich sah, daß Günther erschossen war und glaubte, Paul hätte es getan. Ich lief dann aus dem Zimmer und blieb zunächst im Kinderzimmer. Später wollte ich Hans aus der Ecke hervorholen und aufs Bett legen. Paul sollte mir dabei behilflich sein. Es gelang uns aber nicht. Hierauf wollte ich Arzt und Polizei anrufen, da ich glaubte, die beiden wären vielleicht noch zu retten. Schließlich sagte Paul: „Reiß mich doch auch das Leben nehmen.“ Es fällt alles auf mich! Ellnor und ich redeten ihm das aus, worauf er sagte:

### Es sind noch drei Augen im Paul.

Darauf trafen wir eine Vereinbarung, an der auch Ellnor teilnahm. Infolgedessen sagte ich zu Anfang vor der Polizei alles falsch aus.“ Die Zeugin bestätigt weiter, daß ihr Bruder sich geschminkt und gepudert habe, obwohl sie das etelhaft fand. Trotzdem halte sie ihren Bruder nicht für weiblich. Er sei aber unselbständig gewesen. Die Mutter habe oft zu Günther gesagt: „Ich wünschte, daß Du eine Frau wärest, die Dich so bemuttert wie ich, sonst kommst Du nicht weiter.“

Rechtsanwalt Dr. Frey richtete an die Zeugin die Frage, ob Krank ihr gegenüber in der Nacht irgendwem zum Ausdruck gebracht habe, daß er es ihr sehr verüble, daß sie nun mit einem anderen jungen Mann zusammen sei?

Zeugin: „Er hätte es ja verhindern können, daß Hans dablief.“ Damit war die fünf Stunden dauernde Vernehmung der Zeugin vorläufig beendet.

## Weitere Zeugen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird der Student Dr. Klabbe, der Klassenlehrer von Günther Scheller und Paul Krank vernommen. Er schildert Krank als einen sehr begabten Schüler. Zu besorgen sei nur seine Unordentlichkeit gewesen. Günther Scheller sei ein verschlossener Charakter als Schüler ziemlich gut begabter Durchschnitt gewesen.

Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, der dann als Zeuge vernommen wurde, schilderte seine Eindrücke bei der Vernehmung der Hilde Scheller. Sie habe meistens ein Wesen zur Schau getragen, als ob nicht das Geringsste vorgekommen wäre. Als er dann Krank habe hereinrufen lassen, sei Hilde Scheller auf ihn zugetreten mit den Worten: „Was hast Du eben dem Herrn vorgelesen.“ Aus all diesen Wahrnehmungen habe er entnommen, daß

Hilde Scheller ein außerordentlich unglaubwürdiges Geschöpf sein müsse. Auf eine Frage des Verteidigers, Dr. Frey, ob es in sein Bild hineinpasste, daß Hilde Scheller am Tage vor der Hauptvernehmung noch Tanzen gegangen sei und wegen ungebührlichen Benehmens aus einem Café hinausgeworfen worden sei, antwortete Dr. Weiß: Das ist Hilde, wie sie lebt und lebt.

Während dieser Ausführungen hatte sich Hilde Scheller erhoben, als ob sie sich melden wollte. Rechtsanwalt Dr. Frey beantragte, Dr. Weiß als Sachverständigen darüber zu vernehmen, ob Leichtsinns eines Menschen Schlüsse auf seine Glaubwürdigkeit zulasse. Hilde Scheller erklärte dann, daß sie wohl gelächelt habe, als sie hereinkam. Es sei ihr aber nicht danach zu Mute gewesen. Daß sie sich in der geschickten Art benommen habe, sei nicht wahr. Auch die Behauptung vom Tanzen sei unklar. Dr. Weiß erinnere dann Hilde Scheller daran, daß er zu ihr gesagt habe, sie solle sich schämen, am Tage, nachdem ihr Bruder und ihr Freund ums Leben gekommen sei, ein derartiges Benehmen zu zeigen. Der Erfolg sei gewesen, daß sie zu weinen begann. Er habe aber nicht das Gefühl gehabt,

daß es Reue und Bedauern gewesen sei. Das ganze Auftreten der Hilde Scheller habe totet gemittelt.

Polizeirätin Wiking, die Hilde Scheller zwei Tage nach der Tat vernommen hatte, erklärte, es sei ihr in ihrer langen Praxis selten ein junges Mädchen vorgekommen, das so wenig Eindruck von der Tragik der Ereignisse gezeigt habe.

Dann wurde Frä. Friedländer, die Lehrerin der Hilde Scheller vernommen. Ueber die Glaubwürdigkeit der Hilde Scheller erklärte die Zeugin, Hilde Scheller habe sich durch burleskes Wesen ausgezeichnet, habe aber stets einen offenen Eindruck gemacht. Auf die Frage, ob Hilde wahrheitsliebend sei oder nicht, konnte die Zeugin nur antworten, sie habe nie Gelegenheit gehabt, Hilde auf eine solche Probe zu stellen. Zu dem angeleglichen Vorfalle in einem Kaffeehaus in der Königgräber Straße erklärte Hilde Scheller, daß sie nie in diesem oder einem anderen Kaffee in der Königgräber Straße gewesen sei.

Das Gericht beschloß hierauf, dem erneuten Beweisantrag des Verteidigers auf Ladung des Geschäftsführers des Cafés stattzugeben. Im übrigen wurde auf die Vernehmung einer Reihe von Zeugen verzichtet, darunter auch auf die Vernehmung der Frau Scheller und des Vaters des Angeklagten Krank. — Hierauf wurde die Verhandlung auf Samstag vertagt.

## 170 000 Mark unterjochten.

12. Hannover, 10. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht Hannover hatte sich heute der Kassennotfischer der Wasserstraßenverwaltung Oskar Wild, geboren 1861, wegen Unterschlagung von 170 444 Mark zu verantworten. Die Verhandlung entwickelte ein typisches Bild von einer Verleumdung. In dem Gedanken, das verlorene Geld wieder zu gewinnen und in die Kasse wieder zurücklegen zu können, verlor der Beamte, der von den Gepflogenheiten des Lotobetriebes keine Ahnung hatte und sich von einer Reihe „guter Freunde“ beraten ließ, die angegebene Summe. Während der zwei Jahre war es immer wieder gelungen, bei vorzunehmenden Revisionen die Verfehlungen zu verschleiern. Die Vertretungen waren teilweise so plump verübt, daß sie früher hätten gemerkt werden müssen, wenn ihn nicht das unbedingte Vertrauen vor schärferer Revision bewahrt hätte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

# Gröners Programm.

## Das Debut des neuen Wehrministers.

\* Berlin, 10. Febr. (Funkpruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Reichswehrminister Dr. Gröner aus: Ich werde mich zunächst bemühen, in das pulsierende Leben der Reichswehr einzudringen, die Eigenart der uns ausgezogenen Organisation zu studieren. Wir sind durch den Versailles Vertrag in einer Weise gefesselt, wie es für unser Volk fast unerträglich ist. Wir können keine Kriegführung großen Stils mit unserem Hunderttausendmannstapel bei zwölfjähriger Dienstzeit mehr machen, und so stimmt ich dem Außenminister durchaus zu in dem, was er über den französischen Ruf nach Sicherheit ausgesprochen hat. Wir werden somit alles tun, um die Grenzen zu schützen, um in Zeiten politischer Spannung die Neutralität sicherzustellen, damit unsere Politik Freiheit für ihre Tätigkeit hat und damit wir die Sicherheiten gegen Grenzübergriffe jeder Art bestehen.

Der hier und da auftauchende Gedanke, daß die Reichswehr ein überflüssiges Instrument wäre, ist ganz abwegig.

Ueber die Aufgaben im Innern des Staates, möchte ich, so erklärte der Minister, bemerken, daß ich wünsche, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nicht mehr in eine innere Gärung einzugreifen braucht, denn nichts ist dem Soldaten verheerlicher, als im Innern mit Aufgaben polizeilicher Art betraut zu werden. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerungskreise in weitestem Maß bestehen. Wir werden

dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird. Ich verlange aber auch von jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Vergangenheit e h e i t e r t, daß er die Taten der Väter und die Ehre des deutschen Volkes auch wie in der Vergangenheit hochhält. Das alte Heer genöht im Vaterlande und in der ganzen Welt großes Ansehen. Wäre es richtig, daß wir die Taten unseres glänzenden Kriegsinstrumentes geringer als einer unserer Feinde einschätzen?

Eine Beeinflussung der Reichswehr nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir scharf zurückweisen.

Jeder begegnet man einer gewissen Reichswehrfeindschaft bei der Presse. Kritik ist unwillkommen, aber sie müsse sachlich und gerecht sein. Wie das alte Heer ein starkes Band der Reichseinheit war, so wird hoffentlich auch die Reichswehr ein solches starkes Band bleiben.

Der Minister erklärte weiter, daß er alsbald nach seiner Amtsübernahme den Außenminister aufgesucht und in längerer Aussprache mit ihm darüber übereingekommen habe,

daß die Reichswehr nicht irgendeine Störung der Außenpolitik beabsichtige.

Er werde dafür sorgen, daß die Arbeit der Reichswehr in engstem Einvernehmen mit dem Außenminister stattfinde. Bezüglich der Speerergänzungen müssen die Erfahrungen mit den neuen Bestimmungen erst abgewartet werden. Abzulehnen sei die Forderung einer Herabsetzung des Bildungsniveaus der Offiziere gegen andere Berufe. Wir brauchen bei der Reichswehr geistig hochstehende Menschen. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin“ teilt der Minister nicht. Die Angelegenheit sei durch Dr. Geßler erledigt worden. Es lohne sich nicht, sie wieder aufzurollen.

## Kapitän Lohmanns Filmgeschäfte.

\* Berlin, 10. Febr. (Funkpruch.) In der Sitzung des Haushaltsausschusses gab Reichswehrminister Gröner eine Erklärung in der Phoebus-A Angelegenheit ab. Lohmann habe einen Sonderfond: aus der Abwicklung des Krieges her verwalte. Die Fesseln des Versailles Vertrages ließen in Lohmann die Idee reifen, an dem durch den Friedensvertrag nicht verbotenen Kampf der Weltausstellungen teilzunehmen und zwar durch Benutzung des Films. Die Phoebus-Gesellschaft schien ihm hierzu besonders geeignet. Die gedächliche Interferenznahme an der Phoebus-Film-Aktiengesellschaft durch den Erwerb eines Aktienpakets in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark und in Form von Darlehen wurde von Kapitän zur See Lohmann streng geheimgehalten. Er war, wie er wiederholt bekannt hat, der Auffassung, daß es seine Pflicht gewesen sei, seine Vorgehen von einer Mitbestimmung und damit Verantwortung zu entlasten. Hieraus erklärte sich auch die in den ersten Tagen der Presseveröffentlichungen von dem Reichswehrministerium herausgebrachten Dementis, Haushaltsmittel mit der Zweckbestimmung für die Phoebus seien niemals abgesetzt worden. So handelte, da sich Kapitän Lohmann in den ersten Tagen dieser Presseveröffentlichungen aus vermeintlicher Verpflichtung zu schweigen, nicht dazu zu entschließen vermochte, die vorher erwähnte Indebitorierung von Mitteln aus seinem Sonderfond rückhaltlos aufzugeben, der Vertreter des damals gerade abwesenden Reichswehrministers tatsächlich ausging, als er die Behauptung der Subventionierung der Phoebus-Aktiengesellschaft aus den Mitteilungen des Reichswehrministers dementierte. Es gelang Kapitän Lohmann unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die Phoebus-Film-A.G. vor Aktienübertragung zu bewahren, den Chef der Marineleitung und den bisherigen

Reichswehrminister sowie auch den damaligen Finanzminister Dr. Reinhold dazu zu bewegen, ihr schriftliches Einverständnis auf das der Girozentrale (die ein Darlehen von drei Millionen gewährten wollte) zu erteilende Bürgschaftsschreiben zu setzen. Gleichzeitig übernahm die Lohmann-A.G. die selbstschuldnerische Bürgschaft für die drei Millionen. Diese Bürgschaft der Lohmann-A.G. sollte aber nur Formalcharakter besitzen. Die beiden Minister und der Marinechef hätten von dieser Bürgschaft nichts gewußt und dem Freizeichnungsschein keine Kenntnis gehabt. Hierin liege der Schlüssel zur Verantwortung der Frage, wie es gekommen sei, daß sich die beiden Minister Geßler und Reinhold zur Mitzeichnung der Garantie-Urkunde für den Girokredit bereitgefunden hätten.

Die Neuproduktion des Jahres 1927 ließ bei der Phoebus-Film-Aktiengesellschaft wiederum einen neuen Geldbedarf eintreten. Es wurden ihr zwei neue Bankkredite in Höhe von 3,5 Millionen und von 920 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Banken verlangten wiederum die Reichsgarantie. In beiden Fällen wurde die von Kapitän Lohmann vollzogen, ohne daß der Chef der Marineleitung oder der Reichswehrminister oder eine andere Stelle des Hauses oder das Finanzministerium von dieser zweiten und dritten Bürgschaft irgendeine Kenntnis erhalten haben. Die Lohmann-A.G. fand sich wiederum bereit, nach außen hin in Erscheinung zu treten, und zwar in beiden Fällen unter gleichzeitiger Empfang eines von Kapitän Lohmann ausgestellten Freizeichnungsscheines hinsichtlich aller finanziellen Folgen beider Kredite. Alle diese zweite und dritte Garantieübernahme betreffenden Schritte des Kapitän Lohmann wären seinen Vorgesetzten und Bekannten geblieben und ihrem Eingriff daher entzogen. Der Gesamtbedarf des Fiskus zur Bereinigung der Phoebus-Angelegenheit belief sich auf etwa sechs Millionen Mark. Allerdings werden vorher noch etwa zwei weitere Millionen benötigt werden, da der von der Gemelta für die Aktien der Phoebus zu zahlende Kaufbetrag von vier Millionen nur in Raten eingebe.

Hinsichtlich der gegen Kapitän Lohmann persönlich erhobenen Beschuldigungen, er habe sich bei den Phoebus-Transaktionen bereichert und einen unwürdigen Verkehr unterhalten, machte der Minister auf Grund der Ermittlungen und Untersuchungen sodann Angaben, die diese Anschuldigung gänzlich widerlegten. Die unter dem 7. Dezember 1927 verfaßte Verabschiedung des Kapitän zur See Lohmann findet ihre Begründung darin, daß Lohmann in mehreren Fällen seine dienstlichen Befugnisse in einer die fiskalischen Interessen des Reiches schwer schädigenden Weise überschritten habe. Hinsichtlich des der Zwangsvollstreckung unterliegenden Teiles seiner Pension seien Reklamationsmaßnahmen gegen ihn eingeleitet worden. Für die Zukunft werde er dafür ein, daß derartige Fälle von illegaler Selbständigkeit nicht mehr vorkämen. Darauf wurde in die Aussprache eingetreten.

## Tages-Anzeiger.

(Überes siehe im Inseratenteil.)

Samstag, den 11. Februar.

- Landestheater: „Wilhelm Tell“, 19—22 1/2 Uhr.
- Abd. Lustspiele — Konzertsaal: Das alte Blut, 4 und 6 1/2 Uhr.
- Golfclub: Golfspiel Solveter Schäffer und Vahlebergprogramm, 8 Uhr.
- Gesangverein Viederhals: Maskenball in der Reihalle, 8 Uhr.
- Gesangverein Kiederhals: Großer Saknamiestall, 8 Uhr.
- Verein heimattreuer Old- und Weidreihen: Maskenball im „Lohnenroben“, 8 1/2 Uhr.
- Musikverein Harmonie: Maskenball im „Süßen Kreuz“.
- Kabarettverein „Nidelias“: Großer Maskenball in der Alten Brauerei-Kammer, 8 Uhr.
- Friedrichshagen Waldes: Maskenball im „Kroßbühl“, 8 Uhr.
- Vogelverein Weß-Blau: Kappabend im „Gönerbräu“.
- Excellior-Künstlerzirkel: Geländeball.
- Mosart-Künstlerzirkel: Kabarett und Kappabend.
- Kaffee Odeon: Vulliges Saknamiestreiben.
- Kaffee Museum: Großer Karnevals-Saknamiestreiben.
- Kaffee des Weizens: Täglich zwei Konzerte.
- Kaffee Roland: Großer Karnevals-Saknamiestreiben, 8 Uhr.
- Kaffee Geiner Baum: Großer Maskenball.
- Hotel Hotel Hans: Kappabend.
- Weinhaus Juhl (Gold. Tübeln): Täglich ab 5 Uhr Konzert.
- Reichshaus Drei Allen: Kappabend.
- Hotel-Restaurant Bohlenhöfen: Großer Kappabend.
- Parasolbühne Ost: Karnevalistischer Unterhaltungsabend.
- Barthelme Daria: Gesellschaftsabend, 4 Uhr; Maskenball, 8 Uhr.
- Restaurant Kesslerheim: Großer humorist. Karneval und Kappabend.
- Restaurant Kroschke: Kappabend mit Kappabend, 8 Uhr.
- Restaurant Moninger: Kappabend mit Kappabend.
- Alle Bräuer: Großer Karnevals-Saknamiestreiben.
- Widder Weinhaus (Kreuzstr. 29): Karnevalistischer Abend.
- Restaurant Vandschmidt: Konzert mit Kappabend.
- Paulaner-Thomashaus: Gesellschaft der Original-Überländer.
- Restaurant Gütenthera (Wittenbergplatz): Kappabend; Konzert.
- Kappabend-Vollspiele: Die tolle Kola; Weidreihen; Weidreihenprogramm.
- Kammer-Vollspiele: 1+1=3; Ueberflüssige Menschen; Weidreihenprogramm.
- Kammer-Vollspiele: Der schwarze Pierrot; Schuß; Du schuldigst mir noch die Hochzeitsfeier.

**Forman** gegen Schnupfen  
Wirkung frappant!







